

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 46 (2019)
Heft: 5

Artikel: Die grosse Wahlumfrage : sieben Parteien auf den Zahn gefühlt
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911371>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die grosse Wahlumfrage: Sieben Parteien auf den Zahn gefühlt

Klare und knappe Antworten auf teils knifflige Fragen: Das hat die «Schweizer Revue» von den sieben wählerstärksten Parteien eingefordert. Die Antworten sind eine Orientierungshilfe für all jene, die an den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober 2019 mitbestimmen wollen.



Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP)

2008 als Abspaltung von der SVP gegründete Mittepartei. Parteistärke 2015: 4,1 %. Aktuelles politisches Gewicht: 7 Sitze im Nationalrat, 1 Sitz im Ständerat. www.bdp.info



Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)

Mittepartei mit konservativ-katholischen Wurzeln. Parteistärke 2015: 11,6 %. Aktuelles politisches Gewicht: 26 Sitze im Nationalrat, 14 Sitze im Ständerat, 1 Sitz im Bundesrat. www.cvp.ch



Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)

(seit der Fusion von 2009 mit der Liberalen Partei unter dem Label «FDP. Die Liberalen»). Parteistärke 2015: 16,4 %. Aktuelles politisches Gewicht: 33 Sitze im Nationalrat, 12 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat. www.fdp.ch



Grünliberale Partei (GLP)

Als Mittepartei 2007 aus einer rechten Abspaltung von den Grünen entstanden. Parteistärke 2015: 4,6 %. Aktuelles politisches Gewicht: 8 Sitze im Nationalrat. www.grunliberale.ch



Grüne Partei der Schweiz (GPS)

Linke Partei mit Wurzeln in der Anti-AKW-Bewegung und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Parteistärke 2015: 7,1 %. Aktuelles politisches Gewicht: 11 Sitze im Nationalrat, 1 Sitz im Ständerat. www.gruene.ch



Schweizerische Volkspartei (SVP)

Konservative-nationalistische Rechtspartei, seit 2003 wählerstärkste Partei. Parteistärke 2015: 29,4 %. Aktuelles politisches Gewicht: 64 Sitze im Nationalrat, 5 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat. www.svp.ch



Sozialdemokratische Partei (SP)

Einzigste linke Partei in der Landesregierung, Wurzeln in der Arbeiterbewegung. Parteistärke 2015: 18,8 %. Aktuelles politisches Gewicht: 42 Sitze im Nationalrat, 12 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat. www.sp-ps.ch

Der demografische Wandel wirkt sich auf die Finanzierung der Sozialwerke aus. Soll das Rentenalter in der Schweiz von heute 64 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer erhöht werden?

JA

Nebst der Erhöhung des Rentenalters ist dessen Koppelung an die Lebenserwartung die einzige Möglichkeit sicherzustellen, dass auch nachfolgende Generationen noch eine Rente erhalten.

JA

Mit der schrittweisen Angleichung kann das System nachhaltig finanziert werden, wobei Frauen dafür nicht die Kosten tragen sollen. Beitragslücken durch Mutterschaft müssen kompensiert werden.

JA

In einem ersten Schritt ist das Rentenalter auf 65/65 anzulegen. Langfristig müssen wir wegen der demografischen Entwicklung über echte Massnahmen diskutieren.

JA

Eine Erhöhung und Flexibilisierung des Rentenalters ist aufgrund der demografischen Entwicklung zwingend.

NEIN

Frauen haben heute wegen tieferer Löhne und unbezahlter Betreuungs- und Pflegearbeit eine grosse Rentenlücke. Solange diese nicht geschlossen ist, bleibt eine Erhöhung des Rentenalters unfair.

JA

Das Rentenalter 65 für Frauen und Männer ist für die finanzielle Sicherung der AHV unumgänglich.

NEIN

Die Situation der älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt ist dramatisch, mit einer Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit und der Sozialhilfequote. Ältere Arbeitslose werden diskriminiert.

Die Gesundheitskosten und die Krankenkassenprämien in der Schweiz steigen Jahr für Jahr an. Welches sind die drei wichtigsten Massnahmen, mit denen dieser Entwicklung entgegenzuwirken ist?

➤ Stärkung der Eigenverantwortung der Patienten, entweder durch integrierte Versorgungsmodelle oder durch wirksame Erhöhung der Franchise sowie des Selbstbehaltes.

➤ Eine Kostenbremse im Gesundheitswesen, wie sie die CVP mit einer Volksinitiative fordert: Sie stellt sicher, dass die Prämien nicht stärker steigen dürfen als die Löhne.

➤ Die Lösung liegt nicht in einem einzigen Wunderheilmittel, sondern alle müssen mitmachen, und viele Massnahmen sind nötig. Beispielsweise müssen Qualität und Kosten

➤ Die GLP will ein Gesundheitssystem, das die Versorgung der ganzen Bevölkerung sicherstellt und gleichzeitig die Eigenverantwortung und Prävention fördert.

➤ Prioritär ist die Stärkung der Grundversorgung, der Prävention und der Koordination. Zum Beispiel mit einer öffentlichen Krankenkasse.

➤ Generell ist mehr Selbstverantwortung notwendig. Beispielsweise soll bei ambulanten Praxis- oder Spitalbesuchen für jede neue Behandlung ein symbolischer Selbst-

➤ Griffige Zulassungssteuerung im ambulanten Bereich: die Kantone müssen die Eröffnung von Arztpraxen bedarfsgerecht steuern können. ➤ Senkung der Medikamenten-

- Forcierung der einheitlichen Finanzierung der stationären und ambulanten Behandlung. Die Prämienzahler werden im jetzt geltenden System zu stark belastet.
 - Die Digitalisierung nutzen: Moderne Kommunikationsmittel sollen vermehrt zur Anwendung kommen. Das elektronische Patientendossier ist überfällig.
- Unnötige Behandlungen sollen verhindert werden, um bei gleichbleibender Qualität Kosten zu sparen.
- Vermeiden von teurer und gesundheitsschädlicher Überbehandlung. Die veralteten und zu hohen Tarife sind endlich anzupassen.
 - Fördern ambulanter Eingriffe und gleichzeitig Reduzieren von Spitalkapazitäten.
- der Leistungen für die Patienten vergleichbar werden.
- Teure Fehlanreize wie das Wettrennen bei Kantonsspitalen sind zu beseitigen.
 - Auch wir Patienten müssen unser Bewusstsein für die Kosten der eigenen Gesundheit erhöhen. Ideen wie freiwillige Pflegesparkonten mit Steuerbefreiung wie bei der 3. Säule haben Potenzial.
- Wir stehen zu Wahlfreiheit und Wettbewerb. Fehlanreize sind zu beseitigen. Dafür braucht es unter anderem eine einheitliche Finanzierung von stationären und ambulanten Leistungen. Mengenbezogene Lohnanreize für Spitalärzte gehören abgeschafft.
 - Die Patientenrechte müssten gestärkt und die Informationen darüber verbessert werden.
- Stärkere Förderung und Finanzierung von Projekten, die Beratung, Prävention, Behandlung und Pflege sinnvoll miteinander verknüpfen.
 - Solange die unsozialen Kopfprämien bestehen bleiben, braucht es eine Korrektur. Die Grünen setzen sich für soziale Prämienverbilligungen ein und bekämpfen entsprechende Sparmassnahmen.
- kostenanteil in bar erhoben werden. In Spitalambulatorien soll dieser Betrag doppelt so hoch sein wie in freien Arztpraxen.
- Es darf keine leichtsinnige Ausweitung des Pflichtleistungskatalogs in der Grundversicherung mehr geben, so zum Beispiel bei der Kostenübernahme für fruchtbarkeitserhaltende Massnahmen bei Krebspatienten.
- preise durch Einführung eines Referenzpreissystems und Schaffung von Transparenz über die Forschungskosten der Pharma und die Bildung der Fabrikabgabepreise.
- Einführung von Tarifmodellen, welche die Kooperation zwischen den Leistungserbringern und die koordinierte Versorgung fördert (Revision Tarmed).

Bestens integrierte Ausländer haben in der Schweiz kaum Mitbestimmungsrechte. Das führt auch zu Kritik am Stimmrecht jener Auslandschweizer, die mitbestimmen, ohne je in der Schweiz gelebt zu haben. Sollen Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, das Stimm- und Wahlrecht erhalten?

NEIN	NEIN	Weder JA noch NEIN	JA	JA	NEIN	JA
Das Stimm- und Wahlrecht ist ein wesentlicher Bestandteil der Bürgerrechte.	Das Stimmrecht soll weiterhin an das Bürgerrecht geknüpft werden. So wird sichergestellt, dass die notwendige gesellschaftliche und politische Integration erfolgt.	Das ist den Kantonen beziehungsweise den Gemeinden zu überlassen.	Zumindest auf kantonaler und kommunaler Ebene sollen diese Ausländerinnen und Ausländer mitbestimmen dürfen.	Es ist selbstverständlich, dass, wer hier lebt, auch hier abstimmen soll. Die Grünen haben in mehreren Kantonen bereits entsprechende Initiativen lanciert.	Als Schweizerin und Schweizer hat man Rechte und Pflichten. Das Stimmrecht erhält man deshalb nach der Einbürgerung.	Es ist ein Skandal und einer Demokratie zutiefst unwürdig, dass in der Schweiz ein Viertel der Wohnbevölkerung keine politischen Rechte hat.

Eine diesen Sommer eingereichte Volksinitiative will Kriegsmaterialexporte einschränken. Sollen Kriegsmaterialexporte in kriegführende oder von Bürgerkrieg betroffene Länder verboten werden?

JA	NEIN	NEIN	JA	JA	NEIN	JA
Die BDP gehört zu den Initianten. Der Bundesrat soll nicht mehr alleine über Exporte entscheiden. Nötig sind ein Dialog und eine breite Abstützung – auch im langfristigen Interesse der Rüstungsindustrie.	Die CVP steht zur Schweizer Rüstungsindustrie. Die heutigen Ausfuhrbestimmungen reichen aus und schränken Kriegsmaterialexporte in kriegführende oder von Bürgerkrieg betroffene Länder stark ein.	Ein pauschales Verbot geht zu weit.	Die GLP ist Mitglied im Initiativkomitee.	Die Grünen fordern ein generelles Verbot aller Kriegsmaterialexporte. Die Schweiz soll ihre Sonderrolle als neutrales Land mit humanitärer Tradition für eine aktive Friedenspolitik nutzen.	Die Landesverteidigung der Schweiz ist auf eine heimische Rüstungsindustrie angewiesen und diese wiederum auf Exportmöglichkeiten. Dabei befolgt sie bereits heute strenge Regeln.	Die Schweiz hat den von Gewalt erschütterten Regionen Besseres zu bieten als Waffen. Sie ist auch für die eigene Sicherheit darauf angewiesen, Konflikte durch Verhandlungen zu lösen.

Der Flugverkehr belastet das Klima stark. Soll die Schweiz eine CO₂-Abgabe auf Flugtickets einführen? – (Weitere Antworten der Parteien auf klimapolitische Fragen unter www.revue.ch)

JA	JA	JA	JA	JA	NEIN	JA
Unser Klima muss geschützt werden. Verursacher grosser Emissionen dürfen sich nicht aus der Verantwortung stehlen.	Flugreisen sind heute zu billig. Auch der Flugverkehr muss sich anstrengen, die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren.	Die Abgabe muss aber wirtschaftsverträglich sein und zu einem grossen Teil an die Bevölkerung zurückverteilt werden. Der Rest soll in einen Klimafonds für Innovationen fließen.	Wir haben dazu schon länger einen Vorstoss im Nationalrat eingereicht.	Auch der Flugverkehr muss einen Beitrag an den Klimaschutz leisten. Alle Nachbarländer der Schweiz erheben bereits eine solche Abgabe.	Eine einzig in der Schweiz erhobene Abgabe tut nichts fürs Klima. Auch mit einer «Ablass-Abgabe» wird trotzdem geflogen. Es kann nicht sein, dass sich künftig nur noch Reiche Reisen leisten können.	Die Lenkungsabgabe auf Flugtickets soll je nach Flugdistanz und Kabinenklasse unterschiedlich hoch ausfallen. Wie die CO ₂ -Abgabe soll auch die Abgabe auf Flugtickets vollumfänglich an die Bevölkerung zurückerstattet werden.

Für Schweizerinnen und Schweizer, die in EU-Ländern leben, ist das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU von zentraler Bedeutung. Ist die Begrenzung der Einwanderung wichtiger als der Erhalt der Bilateralen Verträge mit der EU?

Die BDP ist gegen den Beitritt der Schweiz zur EU. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass die Schweiz wirtschaftlich und gesellschaftlich eng mit den Ländern der EU verbunden ist. Der eingeschlagene bilaterale Weg ist gut für die Schweiz. Er wurde vom Schweizer Volk mehrmals bestätigt. Einige der Verträge sind gut, einige werden kritisiert, andere bedürfen einer Überarbeitung. Allerdings wäre es äusserst gefährlich, diesen bewährten Weg und damit auch unseren Wohlstand wegen einer unnötigen Initiative zur Begrenzung der Einwanderung aufs Spiel zu setzen.

Kein anderer Partner hat so stark zum Wohlstand in der Schweiz beigetragen wie die EU. Und auch die EU profitiert stark von der Schweiz. Wir wollen eine Beziehung mit der EU, die weder zum Nachteil der Schweiz noch der EU ist. Für die CVP ist klar: Die bilateralen Verträge sind nicht verhandelbar. Das Volk hat dazu mehrmals Ja gesagt. Sich in Europa frei bewegen, unsere Waren und Dienstleistungen ohne Nachteile in der EU verkaufen, der Austausch von Wissen – davon profitieren wir alle jeden Tag. Die CVP hat sich schon immer für den bilateralen Weg mit der EU ausgesprochen und isolationistische Angriffe abgewehrt. Somit lehnt die CVP auch die sogenannte «Kündigungs-Initiative» der SVP klar ab. Eine Beendigung der Personenfreizügigkeit hätte gravierende Auswirkungen für die Wirtschaft, die Forschung und die Arbeitsplätze in der Schweiz: Alle anderen Marköffnungsabkommen sowie das Forschungsabkommen mit der EU würden wegfallen.

Der bilaterale Weg garantiert einen massgeschneiderten Zugang zum EU-Binnenmarkt, ohne dass wir der EU beitreten müssen. Er hat den Menschen in der Schweiz Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand gebracht und ermöglicht Hunderttausenden das Leben und Arbeiten in der EU/EFTA. Die Kündigungsinitiative der konservativen Abschotter greift diesen Erfolgsweg direkt an. Es ist wichtig, dass die Schweiz auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland zählen kann. Gleichzeitig nimmt die FDP aber die Sorgen vieler Schweizerinnen und Schweizer bezüglich der Zuwanderung ernst. Darum wollen wir Missbräuchen und negativen Auswirkungen entschieden begegnen: Sozialtourismus ist zu bekämpfen, der Familiennachzug bei der Einwanderung aus Drittstaaten zu beschränken und Missstände im Asylbereich sind zu beheben.

Wir wollen die bilateralen Verträge nicht nur erhalten, sondern weiterentwickeln. Die GLP steht als einzige Partei seit Beginn aus Überzeugung für ein Rahmenabkommen ein.

Die Schweiz ist Teil Europas. Als europäische Partei setzen sich die Grünen für ein nachbarschaftliches Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU ein. Der bilaterale Weg kommt sowohl den Bürgerinnen und Bürgern in der Schweiz wie denjenigen in der EU zugute. Wir wollen, dass die Zusammenarbeit gestärkt wird, insbesondere bei Bildung, Forschung und Umweltschutz. Aber es ist auch klar: Eine gute Nachbarschaft braucht verlässliche Spielregeln. Ein Rahmenabkommen mit der EU ist für die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs zwingend. Die Öffnung gegenüber Europa ist in einer Volksabstimmung aber nur mehrheitsfähig, wenn die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit nicht geschwächt werden. Um von der EU einen besseren Schutz gegen Lohndumping zu erhalten, soll die Schweiz bei der Steueramtshilfe und den Massnahmen gegen Steuerdumping endlich vorwärts machen.

Die Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung ist von grosser Wichtigkeit. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit hat die Schweiz netto über 1,1 Millionen Zuwanderer aufgenommen. Der Druck auf die Löhne und Arbeitsplätze ist spürbar, speziell für die über 50-Jährigen. Deshalb will die SVP mit ihrer Begrenzungsinitiative das Recht auf freie Zuwanderung beschränken. Die gegenseitigen guten Handelsbeziehungen mit der EU sind beizubehalten.

Die grossartige Errungenschaft der Personenfreizügigkeit – europaweit arbeiten und sich niederlassen zu können – muss unbedingt erhalten bleiben. Die europäische Integration ist das Fundament von Frieden und Wohlstand in Europa und die Schweiz Teil davon. Es kann aber nicht darum gehen, dass Firmen möglichst viel Personal im Ausland rekrutieren. Vielmehr muss der Fachkräftemangel durch massive Investitionen in der Bildung bekämpft werden. Der Pool von geeigneten Arbeitnehmenden wird auch vergrössert, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigt, sowie Frau und Mann endlich gleiche Löhne erhalten. Die Arbeitsmarktintegration soll mit zusätzlichen Massnahmen für die nachholende Bildung von Migranten und Migrantinnen erhöht werden sowie durch zusätzlichen Schutz der über 50-Jährigen. All dies wirkt der Neigung der Wirtschaft entgegen, Arbeitskräfte alleine im Ausland zu suchen.

Die Zersiedelung verändert das Landschaftsbild der Schweiz. Soll der Landschaftsschutz verstärkt werden, beispielsweise durch strengere Regeln zum Bauen ausserhalb bestehender Bauzonen?

NEIN

Die Zersiedelung wird bereits bekämpft: 2013 hat das Volk dem revidierten Raumplanungsgesetz zugestimmt. Dieses wird nun von Kantonen und Gemeinden umgesetzt.

NEIN

Es ist richtig, die vorhandene Siedlungsfläche besser zu nutzen und Bauzonen massvoll festzulegen. Das Raumplanungsgesetz bekämpft die Zersiedelung wirksam und lenkt die Siedlungsentwicklung nach innen.

JA

Die ständigen Erweiterungen von Ausnahmen beim Bauen ausserhalb der Bauzonen sind zu stoppen.

JA

Die GLP unterstützt eine entsprechende Reform.

JA

Durch die Bautätigkeit ausserhalb der Bauzonen gehen wertvolles Kulturland und naturnahe Lebensräume für die Biodiversität verloren.

NEIN

Strengere Regeln hat das Stimmvolk mit dem Nein zur Zersiedelungsinitiative Anfang Jahr klar abgelehnt. Für einen besseren Landschaftsschutz sollte die masslose Zuwanderung eingedämmt werden.

JA

Der Gebäudebestand ausserhalb der Bauzonen darf nicht weiter steigen. Neubauten sollen nur erlaubt werden, wenn sie für die Landwirtschaft notwendig sind. Umnutzungsmöglichkeiten sind einzuschränken.

Einst ausgerottete Tierarten werden in der Schweiz wieder heimisch, doch die Gegenwart von Wolf, Luchs und Bär führt zu Spannungen. Sollen die Schutzbestimmungen für diese Grossraubtiere gelockert werden?

JA

Wenn die Population nicht den örtlichen Möglichkeiten entspricht, soll der Schutz fallweise gelockert werden.

Weder JA noch NEIN

Die CVP unterstützt die Lockerung des Schutzes bei Wölfen und Bibern, lehnt aber eine Lockerung beim Luchs ab.

JA

Eine gezielte Anpassung der Schutzbestimmungen zur Regulierung des Wolfsbestandes unterstützt die FDP mehrheitlich. Eine generelle Lockerung der Schutzbestimmungen lehnen wir ab.

NEIN

Die GLP wird sich aktiv für ein Referendum gegen dieses Abschussgesetz einsetzen.

NEIN

Der Bund soll in Präventionsmassnahmen wie den Herdenschutz investieren, die ein besseres Zusammenleben von Wild- und Nutztieren ermöglichen.

JA

Für bestimmte Grossraubtiere ist die dicht besiedelte Schweiz ungeeignet.

NEIN

Die SP lehnt eine Schwächung des Schutzes von Luchs, Biber, Wolf etc. ab. Wir nehmen nicht hin, dass Wildtiere und Vögel vorsorglich dezimiert werden können – ohne Schäden angerichtet zu haben.

Wie soll sichergestellt werden, dass Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ihre politischen Rechte – insbesondere das Recht zu wählen und abzustimmen – überhaupt wahrnehmen können?

Nötig ist die elektronische Stimmabgabe – insbesondere für die Auslandschweizerinnen und -schweizer. Damit die Resultate nicht verfälscht werden können, muss die Sicherheit des E-Voting allerdings gewährleistet werden.

Die CVP hat bereits per Motion von Ständerat Filippo Lombardi gefordert, dass die Kantone dazu verpflichtet werden, allen berechtigten Auslandschweizerinnen und -schweizern im Rahmen einer föderalistischen Lösung die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe (E-Voting) anzubieten.

E-Voting ist für die Ausübung der politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und -schweizer zentral. Oft kommen Abstimmungsunterlagen zu spät an, Postwege sind unzuverlässig. In Kantonen, die E-Voting erfolgreich erproben, lag die Beteiligung der Auslandschweizer signifikant höher. Die FDP hat E-Voting für Auslandschweizer stets befürwortet. Sicherheitsbedenken nehmen wir ernst und verfolgen mit Blick auf eine Einführung im Inland den pragmatischen Weg «Sicherheit vor Tempo». Rückschläge seitens der technischen Anbieter, die Auslandschweizer im Wahljahr direkt treffen, bedauern wir sehr.

Wichtig ist einerseits ein frühzeitiger Versand des Abstimmungs- und Wahlmaterials. Andererseits unterstützt die GLP E-Voting-Lösungen für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Eine generelle Überführung der elektronischen Stimmabgabe in den ordentlichen Betrieb lehnen wir wegen Sicherheitsbedenken zum heutigen Zeitpunkt hingegen ab.

Die Fünfte Schweiz zählt eine Dreiviertelmillion Menschen. Sie sind wichtige Botschafter der demokratischen Kultur der Schweiz und sollen ihre politischen Rechte aktiv wahrnehmen können. Weil die Unterlagen in vielen Ländern zu spät oder gar nicht zugestellt werden, können viele nicht an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen. Das ist für die Grünen inakzeptabel. Weil derzeit kein fälschungssicheres E-Voting-System verfügbar ist, soll als Zwischenform ein elektronischer Versand geprüft werden. Er ermöglicht eine pünktliche Zustellung der Unterlagen über das Internet.

Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer können ihre politischen Rechte wie bisher wahrnehmen, nämlich primär mit der brieflichen Wahl und Abstimmung.

Die SP fordert seit Langem die rasche Einführung eines sicheren E-Voting-Systems zumindest für Auslandschweizerinnen und -schweizer. Umso bedauerlicher sind Rückschläge. Weil E-Voting so rasch nicht in allen Kantonen realisiert werden dürfte, sind Optimierungen des heutigen Systems zu prüfen: zentraler Versand durch die Staatskanzlei oder den Kantonshauptort – wie heute im Kanton Zürich durch die Stadt Zürich – statt durch jede einzelne Gemeinde; Versand der Unterlagen auf elektronischem Weg sowie die Möglichkeit, die Stimme persönlich oder brieflich in einem Konsulat abzugeben.

Im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer haben kaum Chancen, ins Parlament gewählt zu werden. Ein separater, eigener Wahlkreis würde die Wahlchancen erheblich verbessern. Ist ein separater Wahlkreis zu begrüssen?

NEIN

Wir erachten die Wahlchancen von Auslandschweizerinnen und -schweizern heute nicht als geringer als diejenigen von im Inland lebenden Schweizerinnen und Schweizern.

NEIN

Auslandschweizerinnen und -schweizer sind ihren Landsleuten punkto Vertretung im Nationalrat rechtlich gleichgestellt. Zu beiseitigen sind die Hürden zur Ausübung des Wahlrechts (Förderung E-Voting).

NEIN

«Quoten» oder Wahlkreise für einzelne Gruppen widersprechen dem staatspolitischen Aufbau der Schweiz und den Grundsätzen ihrer Demokratie.

Weder JA noch NEIN

Die GLP hat zu dieser Frage bislang keine Position.

JA

Es braucht eine politische Vertretung der Fünften Schweiz, damit ihren besonderen Interessen und Lebensbedingungen Rechnung getragen wird.

NEIN

In der föderalistischen Struktur der Schweiz ist die Rolle der Kantone von grosser Wichtigkeit. Deshalb sind diese auch als Wahlkreise bei den Nationalratswahlen beizubehalten.

JA

Dies fordert die SP seit Langem. Die Beispiele Italien, Frankreich, Portugal und anderer Länder zeigen, dass sich dies ohne Weiteres verwirklichen lässt.